

Referendum in Bolivien: mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie

Quiroga, Yesko

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Quiroga, Y. (2004). *Referendum in Bolivien: mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie*. (Brennpunkt Lateinamerika, 15). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443941>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 15

9. August 2004

ISSN 1437-6148

Referendum in Bolivien: Mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie

Yesko Quiroga

Große Hoffnungen begleiteten Carlos Mesa, als dieser im Oktober 2003 das Amt des bolivianischen Präsidenten übernahm. War sein Amtsvorgänger Gonzalo Sánchez de Lozada an den Konflikten gescheitert, die von den Plänen zur Privatisierung des Gasexports ausgelöst wurden, erhob Carlos Mesa eben diesen Punkt zum Prüfstein für seinen Neuanfang: Am 18. Juli ließ er die Bürger des Andenstaates in einem landesweiten Referendum darüber abstimmen, wie das Land die Nutzung seiner großen Erdgasvorkommen gestalten solle. Erdgas ist der inzwischen wichtigste Rohstoff Boliviens, und es ist von entscheidender Bedeutung für das hochverschuldete Land, inwieweit aus seiner Ausbeutung auch eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Gang gesetzt werden kann. Aber auch politisch hat das Referendum enorme Bedeutung bei dem Versuch der Regierung Mesa, nach der tiefen Krise des politischen Systems wieder Vertrauen in demokratische Institutionen und Verfahrensweisen zurückzugewinnen.

Carlos Mesa:

Der neue Präsident als Hoffnungsträger

Als am 17. Oktober 2003 der bisherige Vizepräsident Carlos Mesa das Präsidentenamt übernahm, machte er in seiner Antrittsrede nicht nur klar, dass die neue Regierung ohne die Beteiligung von aktiven Parteipolitikern gebildet werde, sondern ebenso, was er als seinen Regierungsauftrag begreift: Die Erarbeitung eines neuen Gesetzes zur Normierung der Ausbeutung der Erdöl- und Gasressourcen, die Durchführung eines Referendums zu deren Verwendung und schließlich die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Diese politische Positionierung verstand sich ausdrücklich als Reaktion auf die vorhergehenden tage-

langen gewalttätigen Auseinandersetzungen, die um die 60 Menschenleben gefordert und zum Rücktritt des gerade ein Jahr zuvor gewählten Präsidenten Sánchez de Lozada geführt hatten. Die unterschiedlichsten sozialen Gruppierungen hatten in der Ablehnung des Gasexports über Chile in die USA eine einigende Parole gefunden, die schließlich nach den ersten Todesopfern in der Forderung des Rücktritts des Präsidenten und seiner Regierung mündete.

Demokratie in der Krise

Die 22 Jahre alte bolivianische Demokratie befindet sich in einer tiefen Krise, demokratische Werte sind in der Gesellschaft noch nicht verankert, die Institutionen haben eine nur geringe

Legitimität, und es entstehen zunehmend rechtsfreie Räume. Aber auch die Erwartungen der sozialen Organisationen sind häufig hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Systems überzogen. Die geringe Legitimität der Demokratie ist nicht nur die Folge einer die Verfahren weiterhin bestimmenden spezifischen politischen Kultur, sondern ebenso mangelnder Ergebnisse bei der Schaffung von sozialem Ausgleich und Wohlstand. Dafür wird die Politik verantwortlich gemacht, an erster Stelle die Parteien, und die Form, wie diese in der letzten Dekade versuchten, politische Stabilität zu erreichen, dabei aber immer weniger Antworten auf die zahlreichen sozialen Forderungen gegeben haben.

Bolivien ist das ärmste Land Südamerikas und hat fast die dreifache Größe Deutschlands. Von den weniger als 8,8 Millionen Einwohnern des Landes leben etwa 65% in Armut und 37% in absoluter Armut. Auf dem Land, wo etwa 40% der Bevölkerung leben, stellt sich die Situation noch dramatischer dar: 82% der Bevölkerung leben in Armut, 55% sogar in absoluter Armut. Zwar sind Verbesserungen zu verzeichnen, so etwa, dass der Anteil der Bevölkerung, dessen Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden, in einer Dekade von 71% auf 59% gesunken ist; dies entspricht jedoch einer jährlichen Variation von lediglich 1,3% pro Jahr. Verbesserungen haben sich dabei vor allem in den urbanen Zentren ergeben. Mit ihrem massiven Engagement hat die internationale Entwicklungszusammenarbeit viel in Bolivien ermöglicht, was aus eigenen Kräften nicht zu leisten gewesen wäre. Hierzu gehört an erster Stelle die Unterstützung der institutionellen Reformen, aber auch seit Jahrzehnten der Bereiche, in denen sich heute Verbesserungen makrosozialer Daten zeigen. Laut dem von UNDP (*United Nations Development Programme*) verwendeten „Index menschlicher Entwicklung“ hat sich Bolivien von 0,51 im Jahr 1975 auf 0,65 verbessert, liegt damit aber immer noch weit unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 0,76. Erbärmliche Lebensverhältnisse stellen einen der hauptsächlichen Gründe für das Entstehen von sozialer Unrast und von Konflikten dar.

Trotzdem galt Bolivien bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre als Modellland demokratischer Modernisierung und Strukturanpassung. Makroökonomische und politische Stabilität, teilweise beispielhafte institutionelle Reformen der zweiten Generation in den 90er Jahren und eine im Vergleich zu anderen Ländern massive

Unterstützung durch die internationale EZ und internationale Finanzorganisationen konnten die für die Legitimität der Demokratie so wichtige wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes dennoch nicht entscheidend voranbringen. Fehlende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und mangelnde Anstrengungen zur Umverteilung zugunsten der Armen, eine persistente Kultur der Pfründewirtschaft, Korruption sowie die weitgehende Abwesenheit von wirtschaftlichen Förderpolitiken mündeten nach einer fünfjährigen Wirtschaftskrise, verbunden mit dem weitreichenden Versagen aller politischen Akteure in einem Scherbenhaufen, der die demokratische Entwicklung des Landes und damit auch die Zukunft Boliviens immer ungewisser werden lässt. Auch die organisierte Gesellschaft ist hierfür verantwortlich. Demokratische Verhaltensweisen haben noch lange nicht die Gesellschaft durchdrungen. Die Logik ist weiterhin die einer korporativen Gesellschaftsstruktur, bei der die demokratischen Institutionen zugunsten eines direkten Zugangs zu Machpositionen umgangen werden.

Insgesamt hat die repräsentative Demokratie in Bolivien und deren besondere Ausprägung der *democracia pactada* dennoch die Fähigkeit besessen, neue Akteure in das politische System einzugliedern. Dies war einer der Gründe für die trotz aller sozialen Konflikte im regionalen Vergleich relative politische Stabilität des Landes: Sobald Protestbewegungen eine gewisse nationale Größe und Bedeutung erreichten, formierten sie sich als Partei und wurden in das Institutionengefüge integriert. Parallel nahm aber die Fähigkeit des politischen Systems ab, tragfähige und entwicklungsrelevante Konsense einzugehen. Auch die zunächst optimistisch bewertete Integration der indianischen Interessen vertretenden Parteien MAS (*Movimiento al Socialismo*) und MIP (*Movimiento Indígena Pachacuti*) in das parlamentarische System hat nicht zu dem erhofften Legitimitätszuwachs der Demokratie beigetragen. Seit Ende der 90er Jahre ist dabei eine stetige Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen zu verzeichnen, die aus verschiedenen Anlässen seit dem Jahr 2000 in regelmäßigen Abständen zu Prozessen politischer Anomie führten.

Aus den Oktoberunruhen des Jahres 2003 ging die Demokratie keineswegs gestärkt hervor, auch wenn die Regierungskrise verfassungskonform gelöst werden konnte. Im Gegenteil: Die sozialen Gruppen zeigen sich weiterhin konfliktfähig und sind zum Teil zur Erreichung ihrer Ziele auch gewaltbereit. Für

nicht wenige soziale Organisationen ist die Demokratie nicht mehr der Minimalkonsens. Aber die Regierung kann sich auch der Institutionen nicht sicher sein. Ein Urteil des Verfassungsgerichtes, das Angehörige der Streitkräfte, die an den gewalttätigen Auseinandersetzungen des Februars 2003 beteiligt waren, verpflichtet, sich vor einem Zivilgericht zu rechtfertigen, führte zum Aufstand der Militärs, die für sich in Anspruch nehmen, sich ausschließlich vor Militärgerichten verantworten zu müssen. Dieses für den nur schwach ausgebildeten Rechtsstaat wichtige Urteil des Gerichtshofes führte zu einer viertägigen institutionellen Krise und zu aus der Vergangenheit bekanntem Säbelrasseln.

Mit einem praktisch bankrotten Staat hängt die Regierung ohne eine sie unterstützende Parteienkoalition von der Kooperation des Parlaments ab und steht unter dem Druck der politischen Forderungen einer weitgehend atomisierten Opposition sozialer Organisationen. Letztere haben bewiesen, dass sie mit Hilfe von einigenden, wenn auch nicht notwendigerweise für ihre Gruppeninteressen relevanten Lösungen in der Lage sind, Regierungen zu stürzen. Die ständig ausbrechenden sozialen Konflikte erfordern ein permanentes Krisenmanagement. Laut Angaben der Regierung musste sie sich vor dem Referendum täglich um 30 Konflikte kümmern, in denen verschiedene Bevölkerungsgruppen ihre Belange auf der Straße fast immer mit gewalttätigen Blockaden einforderten. Zwar kann der Präsident auf einen großen Zuspruch verweisen – etwa zwei Drittel der Bevölkerung sprechen sich in Umfragen für ihn aus – er konnte jedoch seine Popularität bisher kaum in politische Entscheidungen umsetzen. Die Sympathien kommen von der Mehrheit der Bevölkerung, die nicht auf den Straßen aktiv wird.

Vor diesem politischen Hintergrund sind die umfangreichen Gasressourcen zu einem Katalysator zahlreicher Ansprüche, Forderungen und Hoffnungen geworden. Der positive Ausgang des am 18. Juli durchgeführten Referendums, hat der Regierung nicht nur eine wichtige Atempause sondern auch die Chance gegeben, die Regierungsgeschäfte aktiv und gestärkt voranzutreiben.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gasvorkommen

Der Export von Gas in die Nachbarländer ist ein immer wichtiger werdender Bestandteil der

Handelsbilanz.¹ Bolivien hat die zweitgrößten Erdgasreserven und die größten freien Reserven² Südamerikas. Deren Umfang wurde zum 1. Januar 2004 mit 52,3 TCF³ nachgewiesenen und rund 76,4 TCF einschließlich geschätzter Reserven zertifiziert. Bolivien besitzt damit etwa ein Fünftel der bisher bekannten Reserven Lateinamerikas, aber lediglich etwas mehr als ein Prozent der bekannten Weltreserven. Wichtig sind die Reserven allerdings im Kontext der bekannten Vorkommen und des Konsums der Nachbarländer Chile, Argentinien und Brasilien.

Mit der so genannten Kapitalisierung im Jahr 1996 während der ersten Regierung von Sánchez de Lozada wurden die bekannten Vorkommen in Staatshand und weitere Prospektionszonen zur Ausbeutung an internationale Konsortien lizenziert und die staatlichen Raffinerien privatisiert. Zuvor war das staatliche Ölunternehmen YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*) als Monopolist zuständig für die Prospektion, Förderung, Verarbeitung sowie Kommerzialisierung der Erdöl- und Gasvorkommen, jedoch hatte der Staat nicht die Mittel, um weitere Vorkommen zu entdecken, erschließen oder auszubeuten. Die Einnahmen des Staates beschränken sich nun über Abgaben auf 18% des Gaspreises ab Förderstätte (11% für das jeweilige Departement, 1% für die Departements Pando und Beni und 6% für den Haushalt des Zentralstaates) und – im Falle von großen Förderstätten – auf eine bisher noch nie erhobene 25-prozentige Gewinnsteuer (*surtax*). Im Falle von Förderstätten, die bereits vor der „Kapitalisierung“ im Betrieb waren (etwa 3%), belaufen sich die Abgaben und Steuern auf etwa 50% des Förderwertes. Laut offiziellen Angaben liegen bei einer Summierung aller Abgaben und Steuern die durchschnittlichen Nettogewinne der Ölkonzerne bei etwa 25%, die Staatseinnahmen bei 35% und die Kosten bei 40% der Einnahmen aus den Gas und Erdölgeschäften. Dabei gibt es in Funktion der Qualität der Vorkommen große Schwankungen.

Folgende Unternehmen teilen sich den bolivianischen Gas- und Erdölmarkt (2003):

¹ Der Gesamtexport an Treibstoffen und Gas erhöhte sich seit dem Jahr 2000 kontinuierlich von US\$ 179 Mio. auf US\$ 477 Mio. im Jahr 2003 (hiervon US\$ 382 Mio. für Erdgas).

² Venezuelas Erdgasreserven sind mit 147 TCF fast doppelt so groß wie die bolivianischen, aber nur etwa 10% sind „frei“, also ohne gleichzeitige Erdölförderung ausbeutbar.

³ Trillion of cubic feet; 1 TCF (TPC) = ~28 Mrd. m³

Unternehmen (Herkunftsland)	Vorkommen in %
<i>Repsol-YPF-Maxus-Andina</i> (Spanien – Argentinien)	35,1
<i>British Gas</i> (Großbritannien)	14,9
<i>Petrobrás</i> (Brasilien)	14,5
<i>Total Fina Elf</i> (Frankreich – Italien)	14,0
<i>Exxon-Mobil – Arco</i> (USA)	6,4
<i>BP – Amoco – Chaco</i> (Großbritannien - USA)	10,6
<i>Vintage</i> (USA)	1,8
Andere (USA, Argentinien, Korea)	2,7
Gesamte Reserven (P1+P2)	100,0

Angesichts einer international ständig steigenden Nachfrage nach Energieträgern stellt der Gas-⁴ oder Energieexport für Bolivien eine wirtschaftliche Chance dar, die es zu nutzen gilt. Ebenso wie in anderen historischen Epochen werden in der Extraktionswirtschaft allerdings nur wenige Arbeitsplätze geschaffen. In einem Interview berichtete der neue Geschäftsführer von *Repsol-YPF* (Spanien), dass seit Geschäftsbeginn im Jahr 1996 von diesem Konsortium rund US\$ 823 Mio. investiert worden wären, bei bisher US\$ 102 Mio. Gewinn. Im Unternehmen arbeiten 240 Personen, und die Investitionen hätten zu einer zeitweiligen direkten und indirekten (über Aufträge) Beschäftigung von 2900 Arbeitern geführt. Die Firma *Chaco* beschäftigt 242 Personen. Die größte Transportfirma *Transredes* (Pipelines) hat 402 Angestellte. In allen Firmen sind schätzungsweise insgesamt 2500 Personen beschäftigt.

Gas für Mexiko und die USA

Angesichts eines Haushaltsdefizits von zwischen 6% und 7% des BIP sowie der jährlichen Leistungen der internationalen Kooperation, die um die 10% des BIP betragen, hat die seit zwei Jahren geführte polemische Diskussion über einen zukünftigen Gasexport nach Mexiko und in die USA einen um so höheren Stellenwert, kann damit doch die Hoffnung auf schnelle und wachsende Staatseinnahmen verknüpft werden. Hierfür müssten mit beträchtlichen Investitionen (geschätzt zwischen US\$ 2 und 4 Mrd.) Gasverflüssigungsanlagen sowie ein Hafen an

der Pazifikküste aufgebaut werden. Die Exportmöglichkeiten nach Mexiko sind bisher begrenzt aber wichtig als Standbein für den Export in die USA. Gas für die USA ist nicht nur wegen der zu erwartenden Einkünfte aus den Gasexporten interessant, sondern auch wegen der denkbaren Koppelungseffekte (*linkages*). Mit der Existenz einer Gasverflüssigungsanlage und eines Hafens an der Pazifikküste könnten Milliardeninvestitionen in eine Grundstoffindustrie erfolgen. Neben der thermoelektrischen Stromerzeugung gehören hierzu Petrochemie, Raffinerien sowie die notwendigen Industrien für die Herstellung von Düngemitteln, Sprengstoffen, Salpetersäure, Ätznatron, Natriumhydroxid (Natronlauge) und Chlor. Auch der Aufbau einer Hotel- und Tourismusinfrastruktur ist Bestandteil der Visionen, die jedoch gänzlich vom Engagement privater Investoren abhängen würden. Dabei hat sich ein Wettbewerb zwischen den in Frage kommenden chilenischen und peruanischen Gemeinden als Standort entsponnen. Die Befürchtung der Gemeinden, sie könnten nicht in Betracht gezogen werden, mit der möglichen Folge, dass sich außerdem bisherige Handelsströme verändern könnten, zeigen, wie wichtig die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Westen Boliviens, dem Norden Chiles und dem Süden Perus sind. Die Präferenz der potentiellen Investoren liegt bei einem chilenischen Hafen, der wegen seiner Nähe zu den bolivianischen Gasvorkommen die geringsten Baukosten der Pipeline, Transportkosten sowie die günstigsten Finanzierungsbedingungen verspricht. Bolivien hat aber das außenpolitische Interesse, die Standortdiskussion mit der nie aufgegebenen Aspiration auf einen Zugang zum Meer zu verknüpfen, so dass eine rein an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Entscheidung nicht in Frage kommt.

Gas für die Nachbarländer: Brasilien

Der Verkauf von Gas an den Nachbarn Brasilien wiederum bereitet keiner der politischen Strömungen nationalistisches Kopfzerbrechen. Die mit Brasilien vor drei Jahren abgeschlossenen Verträge betreffen dabei bis 2021 Reserven in Höhe von 7 TCF. Ein weiteres Projekt zur Stromerzeugung sieht etwa 1,5 TCF vor. Brasilien hatte zuerst angekündigt, dass der Vertrag noch um 25 Millionen Kubikmeter aufgestockt werden könnte. Die brasilianische Nachfrage liegt nun allerdings wesentlich unter den angekündigten Abnahmen und auch den vertraglichen Festlegungen. Statt den zu erwartenden

⁴ Die OECD geht von einem Anstieg der Nachfrage nach Erdgas in ihren Ländern um 70% bis zum Jahr 2030 aus.

täglichen 30 Millionen Kubikmetern lag das Volumen im Mai 2003 bei gerade 11 Millionen Kubikmetern, und erst im April 2004 wurden 20 Millionen Kubikmeter erreicht.

Hintergrund ist eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen des Gasgeschäfts aus brasilianischer Sicht. So wurden die Lieferverträge mit Bolivien vor der Normalisierung der Regenfälle und dem Ende der Energiekrise des Landes unterschrieben. Mehr Gewicht noch hatte ein zweiter Aspekt: die starke Abwertung der brasilianischen Währung mit ihren weit reichenden Auswirkungen auf die Energiepolitik des Landes. Energie aus Wasserkraft, aber auch heimischer Diesel sind seit zwei Jahren wettbewerbsfähiger als bolivianisches, in Dollar kalkuliertes und zu begleichendes Gas – jedenfalls so lange aus innenpolitischen Gründen in Brasilien die Konsumentenpreise nicht im Rahmen der Abwertung des Reals erhöht werden. Die jüngsten Erhöhungen der internationalen Petroleumpreise zeigen jedoch, wie schnell sich die Rahmenbedingungen in diesem Geschäft wieder verändern können.

Andererseits hat Brasilien strategische Interessen in Bolivien. *Petrobrás* ist eines der Großunternehmen, die sich den bolivianischen Gasmarkt aufgeteilt haben. Umfangreiche Gasfunde an der südlichen Atlantikküste Brasiliens, werden auf etwa ein Drittel der bisher entdeckten bolivianischen Vorkommen geschätzt; und weitere vermutete Vorkommen könnten sogar darüber hinausgehen. Dennoch bleibt, auch angesichts der notwendigen Investitionen, bolivianisches Gas langfristig für die brasilianische Energieversorgung interessant, vor allem in den Wachstumsregionen, die der bolivianischen Grenze wesentlich näher sind als der Atlantikküste. Wegen seiner langfristig steigenden Energienachfrage ist Brasilien deswegen ein entscheidender Markt für das bolivianische Gas.

Gas für die Nachbarländer: Argentinien und Chile

Mittel- und langfristig ist vor allem der argentinische, aber auch der chilenische Markt interessant für Bolivien. Argentinien weist augenblicklich den höchsten Gaskonsum Lateinamerikas auf, besitzt aber nur noch bekannte Reserven für etwa zehn Jahre. Dabei sind jahrelang die Prospektion und Erschließung der argentinischen Vorkommen durch die marktkontrollierenden Unternehmen, die ebenso in Bolivien tätig sind, vernachlässigt worden. Gleichzeitig haben die Unternehmen konsequent den Export argentinischen Erdgases nach Chile, Uruguay

und auch nach Brasilien vorangetrieben. Mit dem erneuten Wachstum der argentinischen Wirtschaft ist es nun in Argentinien zu einem Produktionsengpass gekommen, und die für Chile und Uruguay bestimmten Exporte wurden gekürzt. Bolivien deckt nun den argentinischen Konsum mit Lieferungen ab, deren Volumen ca. 20% der brasilianischen beträgt (insgesamt etwa 1,1 TCF), Tendenz steigend. Während der letzten Diskussionen zwischen Argentinien und Bolivien wurde eine stetige Erhöhung der Lieferungen von 4 Millionen auf 30 Millionen Kubikmeter Gas täglich bis zum Jahr 2006 angepeilt. Auch Uruguay hat bereits Interesse an Lieferungen angekündigt.

Chile verfügt über ein ausgebautes Gasnetz, verbraucht etwa zwei Drittel des brasilianischen Konsums (2002) und hängt komplett von den argentinischen Gaslieferungen ab. Die argentinischen Lieferkürzungen haben in Chile zu einer Energiekrise geführt. Die Möglichkeit des Exports von bolivianischem Gas nach Chile liegt also – auf den ersten Blick – auf der Hand.

Die politische Bedeutung der Gasvorkommen

Nach neun Monaten Regierung Mesa ist die Frage der Verwendung der umfangreichen bolivianischen Gasvorkommen weiterhin zentraler Drehpunkt der politischen Auseinandersetzungen und damit eines der kompliziertesten Politikfelder. Schließlich stellte sie das Thema der Oktoberunruhen 2003 dar, ist mit der Außenpolitik zu Chile verknüpft und unterliegt den verschiedensten Einflussnahmen, sei es von Seiten transnationaler Konzerne oder ausländischer diplomatischer Vertretungen, regionaler Interessengruppen, Gewerkschaften, Gremien und indianischer Organisationen. Der immense Druck, der dabei von diesen Gruppen auf die Regierung ausgeübt wird, zeigt sich allein in der Diskontinuität der politischen Führung des zuständigen Ressorts: In den ersten acht Monaten gab es bereits vier Minister.

Der Gasreichtum stellt ein innenpolitisches Problem dar, da es bisher keine Strategie zur Verwendung der Mittel gibt und daher befürchtet wird, dass die Einkünfte nicht der allgemeinen Entwicklung des Landes zu Gute kommen, sondern – wie so häufig in der bolivianischen Geschichte – in erster Linie spezifischen Wirtschaftsinteressen dienen sowie die Machtbasis politischer Entscheidungsträger zementieren werden. Diese Sichtweise zeigte sich auch in der Argumentation des MAS, der größten Oppositionspartei, die in den ursprünglichen Plä-

nen des Verkaufs von Flüssiggas an die USA einen Ausverkauf der nationalen Reichtümer sieht, der lediglich den daran beteiligten transnationalen Konzernen und ihren nationalen Verbündeten Vorteile erbringt. Diese Ablehnungshaltung fand gerade bei den Oktoberunruhen allgemeine Unterstützung, als der Flüssiggasexport über einen chilenischen Hafen wahrscheinlich wurde. Nicht wenige soziale Wortführer fordern in diesem Kontext die Aufhebung der etwa 80 mit transnationalen Unternehmen geschlossenen Investitions-, Förderungs- und Kommerzialisierungsverträge und in der Konsequenz eine Enteignung und Konfiszierung der Produktionsanlagen, ohne sich weiter um die mit den damit verbundenen internationalen und rechtlichen Folgen auseinander zu setzen.

Selbst mehr als 100 Jahre nach dem Verlust der im so genannten Salpeterkrieg von Chile annektierten Küstenprovinz ist der Anspruch Boliviens auf einen Meerzugang eine der wenigen nationale Einigkeit erzeugenden politischen Forderungen. Eine Normalisierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Länder ohne eine durchaus mögliche Lösung zu beiderseitigem Vorteil ist daher nicht denkbar. Die bolivianische Regierung versteht die Gasvorkommen des Landes als strategisches Mittel, um politischen Druck auf Chile auszuüben und so einen souveränen Meerzugang zu erlangen, was die chilenische Regierung bisher rundweg ablehnt. Bolivien wiederum will keine der offerierten Nutzungsrechte unterhalb der Schwelle der Souveränität akzeptieren. Die Regierung in Santiago hat einen Energieplan angekündigt, der den Export von Flüssiggas aus einem „fernen“ Land vorsieht. Bolivien hatte zuvor die Zusage der Lieferung von Gas an Argentinien zur Überwindung der Engpässe vertraglich daran geknüpft, dass durch diese Lieferungen keinerlei Exporte an Chile ermöglicht werden dürfen. Ein schlussendlicher Export bolivianischen Gases nach Chile wäre innenpolitisch nicht durchsetzbar. Die Zustimmung Argentiniens zu dieser Voraussetzung hatte die bereits angespannten Beziehungen zwischen Chile und Argentinien auf einen Tiefstand befördert. Das Fass zum Überlaufen brachte dann schließlich der brasilianische Vorstoß, einen Energiepakt zwischen Brasilien, Argentinien und Bolivien in Angriff zu nehmen, ohne Chile auch nur darauf angesprochen zu haben. Die traditionelle außenpolitische Isolation Chiles gegenüber seinen Nachbarländern hat sich aufgrund einer international als sehr unnachgiebig

wahrgenommenen Haltung gegenüber den bolivianischen Forderungen nach der Diskussion über einen souveränen und nützlichen Zugang zum Pazifik vertieft.

Das Referendum in Bolivien

Nach der Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hatte Mesa durch ein Präsidialdekret die Durchführung des Referendums bekannt gegeben. Damit war er dem Parlament zuvorgekommen, das einen durch die entsprechende Kommission (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung) erarbeiteten Gesetzentwurf bereits in Lesung hatte, aber wegen politischer Differenzen bis zum Abschluss der Sitzungsperiode keine Entscheidung hatte treffen können. Das Referendum war damit zunächst nicht, wie in der neuen Verfassung vorgesehen, durch ein Ausführungsgesetz geregelt; stattdessen wurde das Gesetz in Sondersitzungen des Parlaments schließlich einen Monat später verabschiedet, eine zwischenzeitliche Klage durch das Verfassungsgericht wurde zurückgewiesen.

In dem am 18. Juli durchgeführten Referendum formulierte die Regierung fünf Fragen, zu denen die Bevölkerung Stellung nehmen sollte. Damit sollten die Grundlagen der Energiepolitik Boliviens neu definiert sowie eine stärkere Rolle des Staates festgeschrieben werden. Die fünf Fragen waren im Einzelnen:

1. Sind Sie mit der Aufhebung des durch Gonzalo Sánchez de Lozada verkündeten „Kohlenwasserstoffgesetzes“ Nummer 1689 einverstanden?
2. Sind Sie mit der Wiedergewinnung des Eigentums aller Kohlenwasserstoffressourcen ab Bohrloch durch den bolivianischen Staat einverstanden?
3. Sind Sie mit der Re-Etablierung des staatlichen Ölunternehmens (YPFB) einverstanden, indem das staatliche Eigentum an den Aktien der Bolivianer und der Bolivianerinnen aus den teilprivatisierten Ölunternehmen wiederhergestellt wird, um so eine Beteiligung an der gesamten Wertschöpfungskette der Kohlenwasserstoffressourcen zu ermöglichen?
4. Sind Sie mit der Politik des Präsidenten Carlos Mesa einverstanden, die Gasvorkommen als strategisches Mittel zu nutzen, um einen nützlichen und souveränen Zugang zum pazifischen Ozean zu erreichen?

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Bolivien Gas im Rahmen einer nationalen Politik exportiert, die den Konsum der Bolivianerinnen und der Bolivianer deckt, die Industrialisierung auf nationalem Boden fördert, Steuern und Abgaben von den Firmen zugunsten des Landes verlangt, die bis zu 50% des Produktionswertes der Gas- und Erdölvorkommen betragen können und die Einnahmen aus Export und Industrialisierung des Gases vor allem für Bildung, Gesundheit, Straßenbau und Beschäftigung verwendet?

Der Präsident setzte auf seine Popularität und machte das Referendum zu einer politischen Überlebensfrage. Das Referendum zielte in erster Linie auf die Legitimation der Regierungspolitik und damit auf die Stabilisierung des politischen Systems ab. Hierfür hatte die Regierung Überzeugungsarbeit leisten müssen, ein Aufwand, der in den 22 Jahren bolivianischer Demokratie bisher kaum betrieben wurde, nachdem die politischen Eliten weitgehend die demokratischen Abläufe okkupiert hatten. Das System hatte sich dabei nicht nur von den Menschen entfernt, sondern ist auch an die Grenzen seiner Leistungs- und Finanzierungsfähigkeit geraten. Der Rekurs auf das Instrument eines Referendums soll den Einfluss der Bevölkerung auf die Regierungsgeschäfte sowohl auf nationaler und departamentaler Ebene, als auch auf Gemeindeebene erhöhen.

Nichtsdestotrotz war diese Entscheidung Motiv für erneute politische Auseinandersetzungen. Verschiedene Gewerkschaften, indianische Führer, einige Gremien und departamentale Interessenvereinigungen machten auf der Straße gegen die Regierung mobil; der Gewerkschaftsdachverband COB (*Central Obrera Boliviana*) rief zu einem unbefristeten Generalstreik und zum Boykott des Referendums auf. Erst Wochen später bröckelte die Protestfront. Streitpunkt war dabei weniger die Frage der Durchführung des Referendums als vielmehr die Form und die Fragen. Die bevölkerungsarmen, aber rohstoffreichen Regionen sahen die Gefahr, dass ihre Interessen übergangen werden. Verschiedene Organisationen wollten in dem Referendum über die politisch legitime Frage der Verstaatlichung der in den letzten Jahren von den internationalen Unternehmen aufgebauten Infrastruktur sowie über die Aufhebung der vergebenen Lizenzen abstimmen, andere wiederum nutzten das Thema primär zum Transport gruppenspezifischer Interessen.

Nicht wenige soziale und politische Führer suchen weiterhin den permanenten politischen und auch gewalttätigen Konflikt, entweder um ihre Führungspositionen zu erhalten oder um sich für die zum Jahresende anstehenden Gemeindewahlen zu positionieren.

Der Regierung wurde allgemein der Vorwurf gemacht, dass die Fragen ambivalent, unklar und zu komplex formuliert seien, so dass die Bevölkerung mit ihrem niedrigen Bildungsstand nicht in der Lage sei, sie zu verstehen. Dieser im Prinzip korrekte Vorwurf unterscheidet sich dabei aber nicht grundsätzlich von dem allgemein gegen Elemente direkter Demokratie vorgebrachten Argument, dass angesichts der zunehmenden Komplexität von Gesetzes- und Abstimmungsvorlagen die Wähler entweder überfordert seien oder eine schlichte Abstimmung mit „ja“ oder „nein“ nicht zulässig sei. Die hierfür notwendige Kompetenz sei leichter mit Mechanismen der repräsentativen Demokratie zu organisieren. Gegenargumente sind einerseits, dass die Kompetenz der Abgeordneten im bolivianischen Parlament nicht unbedingt höher ist als beim Durchschnitt der Bevölkerung und andererseits, dass die Bürger schließlich dieselben komplizierten Gesetze auch anwenden oder zumindest als legitim anerkennen sollen. Andererseits können Elemente direkter Demokratie zur Integration, Legitimation und Innovation einen wichtigen Beitrag leisten. Gerade in Bolivien knüpfen sie nicht nur an traditionelle Formen der politischen Willensbildung und Mitbestimmung, besonders im indianisch-ländlichen Raum an, sondern auch an politische Forderungen, die immer wieder nach der Revolution 1952 im Zentrum der Auseinandersetzungen standen.

Die Formulierung der fünf Fragen war zudem als Resultat der Abstimmung mit verschiedenen politischen Akteuren, vor allem dem MAS zu verstehen. Der MAS, als zweitstärkste Partei aus den letzten Wahlen hervorgegangen, blickt bereits auf die nächsten Präsidentschaftswahlen, bei denen sich sein Führer Evo Morales ernsthafte Chancen ausrechnet. Somit ist diese Partei trotz aller radikalen Diskurse am politischen Überleben der Regierung interessiert.

Verhindert werden sollte ebenso eine Reduktion des Referendums auf eine bloße Verstaatlichungsfrage, für die es in der Bevölkerung durchaus Sympathie gibt. Gleichzeitig wurden staatliche und private Informationskampagnen in Gang gesetzt, die zumindest teilweise Aufklärung über das Regierungsanlie-

gen, aber auch über die verschiedenen Positionen schaffen sollten. Dass es nicht gelang, gerade im ländlichen Bereich ein ausreichendes Informationsangebot bereitzustellen, sollte im ärmsten Land Südamerikas nicht überraschen. Dass das Referendum gleichzeitig mit der Zustimmung zur Regierungspolitik und zum Präsidenten sowie mit der Außenpolitik mit Chile verknüpft wurde, ist nicht nur nicht verwunderlich, sondern ebenso politisch legitim in einem Land, dessen Demokratie von den politischen Eliten bereits mit einem Rad über den Abhang gefahren wurde: Es ist durchaus nicht vorhersehbar, ob die junge und fragile bolivianische Demokratie den sozialen und ethnischen Auseinandersetzungen auf Dauer standhalten wird.

Ein weiterer Vorwurf war, dass es nicht im Vorfeld zur Novellierung des Gesetzes über Kohlenwasserstoffe gekommen ist. Das bereits angekündigte Gesetz sah unter anderem die schrittweise Erhöhung der Abgaben der Unternehmen auf 50% des Wertes des geförderten Gases vor. Dabei ist die Rücknahme des Entwurfes durch die Regierung durchaus logisch, denn es macht kaum Sinn, vor dem Referendum, das die Grundlagen der neuen Energiepolitik festlegen wird, ein neues Gesetz zu debattieren.

Die Investoren im Gasbereich zeigen sich verunsichert, da sie damit rechnen müssen, dass sich die bisherigen Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit radikal ändern könnten. Zwar ist das erstaunliche Wachstum der bolivianischen Erdgasvorkommen nur durch die in den letzten Jahren von den Konzernen investierten US\$ 3 Mrd. möglich geworden, andererseits ist aber auch nicht von der Hand zu weisen, dass weder bei der Vergabe der Verträge, noch bei den Investitionen, Abgaben und Steuerzahlungen alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Auch die argentinische Energiekrise zeigt, dass die transnationalen Energiekonzerne weit davon entfernt sind, eine an nationalen Interessen orientierte Politik zu unterstützen. Allein *Repsol* scheint bereits vor den Unruhen sowie der Diskussion um die Veränderung der Rahmenbedingungen um die US\$ 900 Mio. an vertraglich festgelegten Investitionen in die Perforation von 36 Gasvorkommen nicht vorgenommen zu haben. Insgesamt soll dies kein einzelnes Phänomen gewesen sein, sondern nach Angaben des zuständigen Ministeriums bereits seit dem Jahr 2001 etwa US\$ 2,4 Mrd. an nicht umgesetzten Investitionen ausmachen. So verständlich die Unternehmenslogik auch ist, keine weiteren Bohrlöcher in Betrieb zu nehmen solange der Absatz

nicht garantiert ist, so hätten dennoch im Prinzip die nicht perforierten Parzellen wegen der Nichterfüllung gesetzlicher Vorgaben an den Staat zurückfallen müssen. Die Drohungen, zurzeit keine Investitionen mehr tätigen zu wollen, sind also keineswegs nur den unsicheren Rahmenbedingungen der bolivianischen Politik geschuldet, und sie haben weniger mit dem Referendum oder den ausstehenden normativen Rahmenbedingungen zu tun, als mit davor liegenden konkreten Geschäftsinteressen. Eine weitere Prospektion oder eine Ausweitung der Förderung der vorhandenen Vorkommen macht zurzeit mangels Abnehmern keinen Sinn. Das Volumen der bisher vertraglich festgelegten Lieferungen nach Brasilien und Argentinien sowie der nationale Konsum wird bis zum Jahr 2020, auch bei einer Verdopplung der Lieferungen nach Argentinien, maximal 14 TCF betragen, also etwa ein Drittel der bisher entdeckten Vorkommen.

Mit dem Referendum wurde in Bolivien ein wichtiger Schritt auf ein neues Modell partizipativer bzw. direkter Demokratie hin getan, in der Hoffnung, dadurch die von Krisen geschüttelte Demokratie stabilisieren zu können. Wahrscheinlich beispiellos ist, dass die Regierung die für die Zukunft entscheidende Formulierung der Energiepolitik des Landes zur Disposition stellt. Bolivien hat damit in gewisser Hinsicht nicht nur sein beschädigtes internationales Image verbessern können, sondern auch wieder zu einer Rolle als Trendsetter für politische und institutionelle Reformen in Lateinamerika zurückgefunden, eine Rolle, die in den 90er Jahren dazu geführt hatte, dass zahlreiche Länder Bolivien zum Schwerpunktland ihrer Entwicklungszusammenarbeit erklärt hatten.

Gewinner, Verlierer und die Perspektiven für das Land

Nach all den Protesten, Boykottaufrufen, schließlich leeren Drohungen der Urnenverbrennung und Straßenblockaden kann sich das Ergebnis des Referendums sehen lassen: Die Wahlbeteiligung lag bei etwas mehr als 60% und war mit rund 67% gerade im Hochland, wo nicht wenige Organisationen zum Boykott aufgerufen hatten, am höchsten. Die fünf Fragen wurden mit zwischen 55% und 92% der gültigen Stimmen mit „Ja“ beantwortet und folgten damit mehrheitlich dem Regierungsvorschlag. Nur in zwei der neun *Departamentos* verlor die Regierung drei der insgesamt 45 Abstimmungsvarianten (neun *Departamentos* mal fünf Fragen). Zwischen 20% und

28% ungültige und leere Stimmzettel in den *Departamentos* sind als Resultat der entsprechenden Kampagnen von sozialen Gruppierungen oder mit Unwissen zu erklären. Die Durchführung des Referendums war nicht frei von Organisations- und Logistikproblemen; größtes Problem war die in vielen, vor allem ländlichen Regionen nicht ausreichende Information zur Erläuterung der komplexen Fragen.

Das Ergebnis ist ein Sieg für die Regierung und stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur anstehenden verfassungsgebenden Versammlung dar. Das Referendum eröffnet nun die Möglichkeit, die Spielregeln zu verändern, unter denen die Verträge mit den internationalen Petrokonzernen unterschrieben worden waren. Damit könnte – wenn man einer optimistischen Vision folgt – eine mit den Unternehmen gemeinsame Ausbeutung der Gasvorkommen eingeleitet werden, bei der der bolivianische Staat einen größeren Teil der Einnahmen einbehält und diese für verschiedene, am Gemeinwohl orientierte Investitionen einsetzen wird.

Ein reales politisches Problem ist damit natürlich nicht gelöst. Der Kongress wird nun auf der Grundlage eines Entwurfes der Regierung ein neues Energiegesetz verabschieden müssen, und die Formulierung der Fragen eröffnet einen weiten Spielraum für Konflikte, die aus ihrer Interpretation entstehen werden. Damit hat das Referendum die Diskussion über die zukünftige Energiepolitik des Landes nicht beendet, sondern stellt lediglich einen – wenn auch wichtigen und vor allem friedlichen – Schritt in einem nun umrissenen, aber dennoch offenen Prozess dar. Vor allem die zweite Frage, die eine staatliche „Wiedergewinnung der Kohlenwasserstoffressourcen ab Bohrloch“ zur Abstimmung stellte, wird Gegenstand politischer Auseinandersetzungen sein. Die Interpretationen reichen dabei von der Regierungsposition, dass das neue Gesetz nicht in frühere vertraglich abgesicherte Besitzstände eingreifen soll, über die Position des MAS, dass genau dies die Absicht sei, bis hin zur Forderung radikaler Organisationen nach Nationalisierung oder Konfiszierung. Diese Auseinandersetzungen könnten zu einem Auseinanderdriften der informellen Allianz zwischen Regierung und MAS führen sowie, im Maße wie die Zeit ohne sichtbare Ergebnisse verstreicht, zu einem Wiedererstarken extremer Positionen, die dann das Referendum als einen Betrug bezeichnen und die Forderung der Nationalisierung wiederbeleben könnten.

Die Bevölkerung, auf der anderen Seite, entschied sich mehrheitlich für die Kontinuität der

Regierung, deren Regierungsfähigkeit, wenn nicht politisches Überleben an das Referendum gekoppelt war. Auch der MAS kann sich als Gewinner fühlen: Der Aufruf, für die ersten drei Fragen positiv, für die letzten beiden negativ zu stimmen, fand Gehör.

Der Ausgang des Referendums hat die radikale Opposition geschwächt, deren Diskurs mehr ein überzogenes Echo in den Medien fand, als dass er tatsächlich eine von der Bevölkerung gewollte politische Option darstellte. Die radikalen Positionen und deren Vertreter sind damit die Verlierer des Referendums und wurden vor allem in ihrem Argument geschwächt, die Interessen des bolivianischen Volkes zu vertreten. Auch in ihrem eigenen Umfeld waren sie bei der Mobilisierung nicht besonders erfolgreich. Trotzdem sind die sozialen Protestbewegungen nach wie vor konfliktfähig und in der Lage, nach einer Atempause und eventuell mit einem geeigneten einigungsstiftenden Katalysator politische Anomie zu erzeugen. Für einen Teil der sozialen Führer ist der politische Konflikt sogar überlebenswichtig, zum Beispiel für Jaime Solares, der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes, dessen Generalstreik gegen das Referendum jedoch erfolglos geblieben ist. Gegen Solares liegen zahlreiche Anschuldigungen vor. So soll er unter der letzten Diktatur Anfang der 80er Jahre nicht nur Spitzeldienste geleistet haben, sondern auch an Festnahmen und Menschenrechtsverletzungen beteiligt gewesen sein. Ein weiteres Beispiel ist die NFR (*Nueva Fuerza Republicana*) unter ihrem charismatischen Führer und ehemaligen Bürgermeister von Cochabamba, Manfred Reyes Villa. Die NFR ist als drittgrößte politische Kraft aus den letzten Präsidentschaftswahlen hervorgegangen. Da es sich um einen Wählerverein handelt, dessen Mitglieder vor allem an einer Beteiligung bei der Verteilung des öffentlichen Kuchens interessiert sind, kann eine vierjährige Abwesenheit von den öffentlichen Näpfen auch das Ende dieser Bewegung auf nationaler Ebene bedeuten.

Der Regierung ist es vor dem Referendum gelungen, die absehbaren zusätzlichen und einigenden Konflikte, die sich aus einer Erhöhung der Treibstoffpreise ergeben würden, mit der Zusage zu entschärfen, die Preise bis zum Jahresende weitgehend einzufrieren. Aber auch die Wirtschaft trägt diesmal ihren Teil dazu bei: Zum ersten Mal werden die bolivianischen Exporte mit einem Wachstum von über 50% in den ersten sechs Monaten voraussichtlich in

diesem Jahr bei mehr als US\$ 2 Mrd. liegen und damit der erste Haushaltsüberschuss seit einer Dekade vorliegen. Es sind nicht nur die gestiegenen Mineralienpreise, der wachsende Erdgasexport oder Sojaverkäufe, die hierfür verantwortlich sind: Gerade die arbeitsplatzschaffende verarbeitende Industrie hat trotz aller sozialen Auseinandersetzungen wichtige Steigerungen erreicht. Insgesamt wird für dieses Jahr mit etwa 4% Wirtschaftswachstum und damit auch mit einem realen Pro-Kopf-Wachstum seit fünf Jahren zu rechnen sein. Für Ende des Jahres stehen die Gemeindewahlen an, und das nächste Jahr wird einer verfassungsgebenden Versammlung gewidmet werden, in die hohe, zum Teil auch übertriebene Erwartungen gesetzt werden. Insgesamt also gute Voraussetzungen für eine Stabilisierung der politischen Lage bis zum Jahr 2006, jedoch keine Garantie:

Die bolivianische Demokratie ist nach vier Jahren ständiger sozialer Konflikte, steigender gewalttätiger Auseinandersetzungen und zunehmend radikaler sowie konsensfeindlicher Positionen in Frage gestellt. Eine Konsolidierung der Demokratie wird nur möglich sein, wenn Mechanismen gefunden werden, mit der die unterschiedlichen politischen, kulturellen und ethnischen Identitäten integriert werden. Die traditionellen Formen der repräsentativen Demokratie sind damit im Kontext der Funktionslogik einer spezifisch bolivianischen politischen Kultur sowie einer Situation anhaltender Armut überfordert. Die politischen Eliten leisten bisher keinen Beitrag für eine Erhöhung der Legitimität des Systems. Referendum und verfassungsgebende Versammlung sind ein ernstgemeinter Versuch der Regierung, das Ruder noch einmal herumzureißen.

Frühere Ausgaben des Brennpunkt Lateinamerika zu Bolivien:

Goedeking, Ulrich: Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen, Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 5, 15. März 2003.

Klein, Wolfram: Bolivien – der Polizei(lose)-Staat?, Brennpunkt Lateinamerika Extra, Kurzinfo Nr. XII, 18. Februar 2003.

Klein, Wolfram: Bolivien – Ende eines Modells? Der Sturz der Regierung Sánchez de Lozada mehrt Zweifel an der Stabilität und am künftigen Entwicklungsweg des Landes, Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 21, 15. November 2003.



Erhältlich unter
www.duei.de/iik/shop

Autorennotiz:

Yesko Quiroga ist Politologe und arbeitet als Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in La Paz.
E-Mail: Yesko.quiroga@fes.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte, Bert Hoffmann, Julia Nikodem; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

LATEINAMERIKA ANALYSEN

Aktuelle Ausgabe:

Nr. 8, Themenschwerpunkt:

Verteidigungspolitik im südlichen Lateinamerika: *Institutions matter!*

Nr. 6, Themenschwerpunkt:

Der andere 11. September. 30 Jahre nach dem Militärputsch in Chile

Im Rezensionsteil:

Sammelrezension von Neuerscheinungen zu Bolivien

Nähere Informationen, Abstracts und ausgewählte Volltexte im Internet:

www.duei.de/iik/lateinamerika-analysen/

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg

Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de - Internet: <http://www.duei.de/iik>

Hans-Jürgen Burchardt:

Zeitenwende

Politik nach dem Neoliberalismus

Der Neoliberalismus erweist sich mehr und mehr als Auslaufmodell. Die Asienkrise wie der Ruin Argentiniens haben seiner Glaubwürdigkeit geschadet, und auch gegen die Krisen in den Industrienationen hat noch kein neoliberales Konzept wirklich angeschlagen. Weltweit bleiben soziale Ungleichheit und Armut auf dem Vormarsch und werden sowohl in den einzelnen Ländern als auch im Weltsystem von einer wachsenden politischen Instabilität begleitet. Grund genug, jetzt über die Gestaltung einer Politik nach dem Neoliberalismus, nach der Zeitenwende nachzudenken.

Hans-Jürgen Burchardt stellt sich mit seinem neuen Buch dieser Herausforderung. In einer Bestandsaufnahme werden Begriffe erklärt und überprüft, die der Neoliberalismus bislang für sich besetzte und einsetzte, die es jetzt aber mit neuen Inhalten zu füllen gilt. Dazu gehören die wichtigsten Themen unserer Zukunft: Globalisierung, Staat, Demokratie, Zivilgesellschaft, Global Governance, sozialer Ausgleich und Nord-Süd-Konflikt. Es geht um Probleme und deren Lösungen zwischen gestern und morgen, zwischen wahrscheinlichen Entwicklungen und möglichen Alternativen.

Als konkreter Hintergrund dient mit Lateinamerika jene Region der Erde, der der Neoliberalismus im letzten Vierteljahrhundert am stärksten seinen Stempel aufgedrückt hat. Es werden klare Antworten darauf gegeben, ob die antiliberalistische Politik Kubas oder die bolivarianische Revolution Venezuelas Elemente eines Zukunftsmodells aufweisen, das nicht nur für Lateinamerika wegweisend sein könnte.

Schmetterling Verlag 2004

320 Seiten, broschiert, € 16,80

ISBN 3-89657-610-0

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

**Sabine Kurtenbach / Mechthild Minkner-Bünjer /
Andreas Steinhilf (Hrsg.):**

Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika

**Frankfurt/M.: Vervuert 2004, 434 S., € 28,-
ISBN 3-89354-523-9**

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 59

Politisch, wirtschaftlich und sozial häufen sich in den Andenländern seit Mitte der 90er Jahre die Krisenszenarien und negativen Schlagzeilen. Der Sammelband analysiert die Krise der Andenländer ebenso in ihrer regionalen und sektoralen Dimension (Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, Drogenhandel, indigene Bewegungen, neue soziale Akteure, Menschenrechte) wie in ihrer spezifischen nationalen Ausprägung in Bolivien, Peru, Ekuador, Kolumbien und Venezuela. Darüber hinaus werden die Reaktionen und der Umgang externer Akteure mit der Krise der Andenländer sowohl aus wissenschaftlicher wie aus praxisnaher Perspektive untersucht (Andenländerkonzept der Bundesregierung, die Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Andengemeinschaft, EU, Brasilien, USA). So unterschiedlich die Ansätze und Themen des vorliegenden Bandes auch sind, so machen sie doch eines deutlich: Nur wenn es gelingt schnell auf verschiedenen Ebenen und nicht nur gegenüber einzelnen Symptomen der Krise Ansätze für kreatives Krisenmanagement und ein integriertes Vorgehen zu identifizieren und umzusetzen, wird es der Region und den dort lebenden Menschen erspart bleiben, von der Krise ins Chaos abzurutschen.

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de – <http://www.duei.de/iik>